

Was bedeutet die Aufgabe des CHVote für das E-Voting in der Schweiz?

Von René Droz, www.noevoting.ch

Eclat in Genf! Ausgerechnet die heftigsten Befürworter des E-Voting CH, diejenigen mit der längsten Erfahrung geben ihre eigens erschaffene Bastion, das CHVote, freiwillig auf! Es wird angegeben, dies sei nicht wegen der fehlenden Sicherheit geschehen, sondern wegen der untragbaren Kosten. Jedem Leser ist aber klar, dass solche Kosten deshalb entstehen, weil der Sicherheit mit hoher Priorität Genüge geleistet werden muss.

Wie die Experimente diejenigen des CCC CH vom 3.11.2018 gezeigt haben, kann man mit einfachsten Mitteln das Abstimmungsgeheimnis bei CHVote aushebeln. Dass dies genügt, um die Sicherheit des ganzen Prozesses anzuzweifeln, hätte jeder politisch agierende Mensch voraussehen können. Wenn man jetzt jedes Mal bei einem derartigen Ereignis passende Gegenmassnahmen ergreifen müsste, die erst noch im öffentlichen Fokus stehen, dann ist klar, dass sich ordentliche Kosten zusammen summieren, die sich ganz schlecht planen lassen. Daraus folgt dann, dass ein Kanton bald einmal mit seinen Mitteln am Ende ist und sich die Kosten/Nutzen - Frage unter neuen Vorzeichen wieder stellt. Unter den Insidern der Cyberbedrohung ist längst klar, dass das Potential an möglichen weiteren Hackertricks schier unbegrenzt ist, die Einflussmöglichkeiten eines Applikationsanbieters aber begrenzt sind, ausser er sieht sich in der Verantwortung für die gesamte Internet Infrastruktur. Offenbar ist jetzt diese Verantwortung den Verantwortlichen im Kt. GE jetzt klar geworden, nachdem sich erste derartige Kostenfolgen zeigen.

Man kann es darum als einen weisen Entscheid betrachten, der hier gefällt wurde, auch wenn er etwas spät kommt nach 18 Jahren. Im kleinen Probetrieb waren die Risikoprofile ganz anders zu beurteilen als jetzt bei der bevorstehenden flächendeckenden Einführung. Allerdings ist der zusätzliche Entscheid, einfach auf das als einziges noch übrigbleibendes System der POST umzusteigen, ist weniger weise als bauernschlau.

Denn er gaukelt der Bevölkerung vor, man müsse nicht auf das E-Voting verzichten, weil man ja nur das System wechseln muss. Dabei wird ausser Acht gelassen, dass dieselben Herausforderungen auch für alle anderen Anbieter gelten. Wenn der Kt. GE jetzt aussteigt, kann die POST ja dasselbe wohl nicht auch noch tun, ohne massiv an Image zu verlieren.

Doch die POST hat jetzt ein riesiges Problem. Sie hat nicht nur das verbleibende Problem der Sicherung aller IT-Lücken, inklusive derjenigen, für die sie gar nichts kann, sie sieht sich zudem konfrontiert mit der Tatsache, als Monopolist die Abstimmungsauszahlungen zu vollziehen. Man könnte jetzt behaupten, dass die POST das Monopol ja schon hat. Jedoch ist das kein zentrales IT -Monopol mit vielfältigen, undurchsichtigen Möglichkeiten, sondern ein bewährtes, verteiltes Postzustellungs-Monopol mit Tausenden von involvierten Kräften.

Dazu kommt, dass dieser Monopolist gar nicht der Erfinder seines Systems ist, sondern das ist ein ausländisches Konsortium Scytll, bei welchem wohl niemand in der Schweiz glauben kann, alle notwendigen Fäden für die Sicherstellung der Sicherheit kontrollieren zu können. Eine Beweisführung für integre Software-Implementationen in dieser Konstellation ist schon juristisch höchst problematisch und erst recht technisch kaum zu vollziehen. Und ob die POST überhaupt daran interessiert ist, jedweden Cyberschwachstellen nachzugehen, diese transparent in der Öffentlichkeit aufzuzeigen und dann auch noch die Gegenmassnahmen dazu zu finanzieren, darf bezweifelt werden. Denn das Image wird nur beschädigt, wenn die Probleme veröffentlicht werden und nicht dann, wenn man sie unter dem Teppich halten kann.

Weil das jetzt mehr und mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt, dürfte es deshalb politisch immer schwieriger werden, Mehrheiten für E-Voting zu finden. Denn die Linke ist ganz und gar nicht interessiert an einem Abstimmungs-Monopolisten und die nationalkonservative Seite ist sowieso gegen dieses unnötige Prestige-Projekt ohne wirklichen Nutzen. Wenn nun noch die Volksinitiative für das E-Voting Moratorium

kommt, die strenge Auflagen für die Wiedereinführung nach frühestens 5 Jahren verlangt, so könnte das zum absoluten Desaster für die POST werden.

Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die POST die Rechnung neu macht und die Erkenntnisse beim Staat deponiert. Man darf gespannt sein, auf die weitere Entwicklung.